

Vollere Tapezierer u. Portefeuller-Zeitung

Organ
des Deutschen Böttler, Tapezierer u. Portefeuller-Verbandes

Inserate kost. die sechsgep. Nonp.-Zeile 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdensstraße 10 b^{III}

Erscheint alle 8 Tage

Eigenproduktion und Einfuhrbedarf.

	Produktion des Jahres 1924 in Millionen Quarts			Einfuhrüberschub in Prozent der Eigenproduktion		
	Weizen	Rogg.	Hafer	Weizen	Rogg.	Hafer
Deutschland ..	11,7	27,5	42,3	61,8	9,8	0,3
Italien	21,4	0,7	8,3	45,2	—	18,4
Schweden	0,9	1,4	7,1	123,0	25,3	30,3
Frankreich	35,3	4,6	29,5	23,5	5,7	0,6
Belgien	1,8	2,8	4,0	316,3	4,1 ¹⁾	14,6
Schweiz	0,6	0,2	0,3	367,0	—	374,1
England	6,6	—	20,2	444,5	—	17,6
U. S. A.	109,1	7,4	154,2	27,5 ¹⁾	56,2 ¹⁾	0,2

¹⁾ Einfuhrüberschub.

Mit dieser Uebersicht hat der Verfasser gezeigt, daß bei Deutschland das Manko an Inlandgetreide, abgesehen von dem nicht ausschlaggebenden Weizen, verhältnismäßig gering ist. Unsere Haferproduktion reicht bis auf 0,3 Proz. zur Deckung unseres eigenen Bedarfes aus. Trotzdem hat man für dieses Produkt einen vorläufigen Zoll von 18 Proz. und einen endgültigen von 31 Proz. des gegenwärtigen Preises, also den höchsten in der Welt bestehenden Haferzoll, vorgelesen. Der Roggen, von dem uns nur 10 Proz. unserer Produktionsmenge an dem Bedarf fehlen, wird zunächst mit 14 Proz., später mit 23 Proz. versteuert. So etwas ist in keinem anderen Lande zu verzeichnen. Frankreich, das zum Beispiel noch 25,3 Prozent der von ihm erzeugten Roggenmenge einführen muß, weist nur eine Zollbelastung von 6 Proz. auf. Die Schweiz, die 374,1 Proz. der im Lande erzeugten Hafermenge vom Auslande kaufen muß, kennt nur eine Zollbelastung von 3,11 Proz.

Bei einer solchen Sachlage kann uns kein deutscher Landwirt einreden, daß für seine Zollwünsche nur sachliche, durch den Stand seines Unternehmens beeinflusste Erwägungen maßgebend sind. Er will die Zölle, wir sprechen es offen aus, weil ihm der Profit bei den jetzigen Getreidepreisen nicht hoch genug ist. Das erkennen wir und lehnen deshalb den Schutzollentwurf ab.

Die Belastung des deutschen Arbeiters durch die Lohnsteuer.

Die Unternehmerpresse wird nicht müde, über die Lohnpolitik der Gewerkschaften zu zeteren, verschweigt aber konsequent, welche enorme steuerliche Belastung der deutsche Arbeiter zu tragen hat. Ein Vergleich mit der Steuerbelastung in Amerika, England, Frankreich, Oesterreich und Schweden wird den Beweis erbringen, daß Deutschland das unsozialste Steuersystem besitzt. Beginnen wir mit Amerika: Die amerikanische Einkommensteuer läßt ein Existenzminimum von 4200 Mt. von jeglicher Einkommenbesteuerung frei. Dazu kommen noch die sozialen Abzüge für die Ehefrau und die unmundigen Kinder. Es bleiben hier für die Ehefrau 6300 Mt. vom Einkommen, für jedes Kind 1680 Mt. steuerfrei, so daß eine vierköpfige Familie bis zu einem Einkommen von 13 800 Mt. im Jahre keine Einkommensteuer zu entrichten hat. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß der Dollar in Amerika nicht denselben Wert wie in Deutschland hat, so daß man ein amerikanisches Einkommen von 3300 Dollar nicht einem deutschen Einkommen von 13 800 Mt. gleichsetzen kann. Aber selbst wenn man den Wert eines Dollars nur mit dem Werte einer Mark für die Berechnung zugrunde legen wollte, so wäre noch immer eine vierköpfige Familie mit einem Einkommen von 3300 Mt. steuer-

frei, während eine Familie mit gleichem Einkommen in Deutschland schon mit 5,5 Proz. belastet ist. Selbst aber für Einkommen über 3300 Dollar beträgt die amerikanische Einkommensteuer nur 1,5 Proz. und steigt erst über 4000 Dollar auf 3 Proz. Tatsächlich ist also die breite Masse der Arbeitnehmer in den Vereinigten Staaten nicht einkommensteuerpflichtig. — Ebenso günstig ist die steuerliche Stellung der Arbeitnehmer in England. Das englische Existenzminimum für Ledige beträgt 2700 Mt. jährlich, der Abzug für die Ehefrau außerdem 1800 Mt. jährlich, das erste Kind 720 Mt., das zweite Kind und die folgenden Kinder je 540 Mt. Ein Arbeitnehmer mit 2 Kindern bleibt also bis zu einem Einkommen von 5760 Mt. steuerfrei. Auch wenn man hierbei wiederum die Kaufkraft des englischen Pfundes für niedriger als 20 Reichsmark annimmt, so kommt man doch zu dem Ergebnis, daß kein Arbeiter, Angestellter oder mittlerer Beamter einkommensteuerpflichtig ist. Das ist um so mehr der Fall, als die englische Einkommensteuer bestimmt, daß neben dem Existenzminimum für die Werbungskosten ein weiterer Betrag bis zu 5000 Mt. von der Steuer frei bleibt. In Frankreich läßt die Einkommensteuer ein jährliches Existenzminimum von 1540 Mt. steuerfrei. Daneben kennt sie soziale Abzüge, die für Frau und Kind je 600 Mt. jährlich betragen, so daß eine vierköpfige Familie mit einem Einkommen bis zu 3520 Mt. steuerfrei ist. Bis zu einem Jahreseinkommen von 5520 Mt. wird außerdem der Steuerbetrag um 5 bis 7,5 Proz. für jeden Angehörigen des Steuerpflichtigen ermäßigt. Der Steuerfuß beträgt bei einem Gesamteinkommen bis zu 4400 Mt. 2,4 Proz., bis zu 6600 Mt. 4,8 Proz., bis zu 11 000 Mt. 7,2 Proz. Daneben wird noch eine besondere Einkommensteuer von den Löhnen und Gehältern mit etwa den gleichen Steuerfüßen erhoben. Im Gesamtergebnis läßt auch die französische Einkommensteuer die breiten Massen der Arbeitnehmer steuerfrei. Die österreichische Lohnsteuer läßt neuerdings ein steuerfreies Existenzminimum von 840 Mt. zu. Außerdem wird für jeden Angehörigen des Steuerpflichtigen der vom Gesamteinkommen zu erhebende Steuerbetrag um 5 Proz. ermäßigt. Die Steuerfüße betragen bis zu 2000 Mt. 1,1 Proz. des Gesamteinkommens, bis zu 3000 Mt. 2,2 Proz., bis zu 4300 Mt. 3,3 Proz., bis zu 6100 Mt. 4,9 Proz. und bis zu 8600 Mt. 4,4 Proz. Die österreichischen Arbeitnehmer sind also nicht wie in Amerika, England und Frankreich gänzlich steuerfrei, sie sind aber im Verhältnis zu Deutschland viel geringer belastet, denn sie zahlen kaum mehr als 2 Proz. Die Einkommensteuer in Schweden hat ein steuerfreies Existenzminimum bis zu 1120 Mt. sowie soziale Abzüge für Frau und Kinder von je 224 Mt. jährlich. Eine vierköpfige Familie ist also steuerfrei, wenn sie weniger als 1800 Mt. Jahreseinkommen hat. Die Belastung der diese Grenze übersteigenden Einkommen ist sehr gering. Sie erreicht bei 3000 Mt. noch nicht 2 Proz. des Gesamteinkommens.

Das Ergebnis dieser Uebersicht kann man in zwei Sätzen zusammenfassen:

1. In keinem dieser Länder ist das steuerfreie Existenzminimum so gering wie in Deutschland. Es beträgt in Amerika 4200 Mt., in England 2700 Mt., in Frankreich 1540 Mt., in Schweden 1120 Mt., in Oesterreich 840 Mt. — dagegen in Deutschland nur 720 Mt.

2. In keinem Lande finden wir so unsoziale Familienermäßigungen wie in Deutschland.

Diese doppelte soziale Ungerechtigkeit, die die deutsche Lohnsteuer vor den Einkommensteuern der anderen Länder auszeichnet, kommt auch zum Ausdruck, wenn man die tatsächliche Belastung des Lohnempfängers in den einzelnen Ländern gegenüberstellt. Unter Berücksichtigung des Existenzminimums und der sozialen Abzüge in den einzelnen Ländern ergibt sich folgende Uebersicht für die Belastung des Gesamteinkommens einer vierköpfigen Familie.

Deutschland mit den Agrarzöllen in der Welt voran.

Vom Deutschen Landarbeiterverband erhalten wir folgende beachtungswerte Zuschrift:

Zu den Argumenten der Schutzollfreunde gehört die Behauptung, Deutschland könne sich den geplanten Agrarzoll schon deshalb bedenkenlos leisten, weil die anderen Länder ähnlich hohe, wenn nicht noch höhere Zölle haben. Da es bisher an einem zuverlässigen Ueberblick über die internationalen Getreidezölle mangelte, war es etwas schwierig, dieser Behauptung durch einen wirkungsvollen Gegenbeweis entgegenzutreten zu können. Das hat sich jetzt geändert. In Nummer 255 des „Berliner Tageblatts“ (Handelsbeilage) vom 31. Mai 1925 wird ein Aufsatz veröffentlicht, der nachweisen soll, wie es mit der verhältnismäßigen Verteuerung des Brotes in den wichtigsten Konsumländern bestellt ist. In dem Aufsatz wird folgende Berechnung aufgeführt:

Getreideverteuerung durch Einfuhrzölle.

(Zollfüße umgerechnet auf Dollar für 100 Kilogramm; Zollbelastung in Prozenten der jetzigen Durchschnittspreise amerikanischen Getreides.)

	Zollfüße			Zollbelastung		
	Weizen	Rogg.	Hafer	Weizen	Rogg.	Hafer
Deutschland (bis August 1926)	0,83	0,71	0,71	13,05	13,86	18,39
(ab August 1926)	1,31	1,19	1,19	23,59	23,24	30,83
Italien	1,45	0,87	0,77	22,79	17,09	19,99
Schweden	0,99	0,90	frei	15,57	19,33	—
Frankreich	0,72	0,31	0,31	11,32	6,05	8,03
Belgien	0,33	0,33	0,90	6,98	7,42	25,91
Schweiz	0,12	0,12	0,12	1,89	2,34	3,11
England	frei	frei	frei	—	—	—
U. S. A.	1,54	0,56	1,03	24,21	10,33	26,68

Diese Berechnung läßt auf den ersten Blick erkennen, daß die Schutzollfreunde mit der eingangs erwähnten Behauptung im Irrtum sind. Werden die geplanten Schutzzölle Tatsache, spielt Deutschland die führende Rolle in bezug auf die Agrarzollpolitik. Die Verteuerung des Brotes wird in der Uebergangszeit bis zum 1. August 1926 durchschnittlich 13 Proz. und von diesem Zeitpunkt an unter der Voraussetzung ungefähr gleichbleibender Getreidepreise mindestens 22 Proz. ausmachen. Nur Italien und Amerika kommen bei Weizen um ein Verschwindendes höher.

Außer dieser Berechnung wird in dem Aufsatz des „Berliner Tageblatts“ noch gezeigt, wie das Verhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch in den einzelnen Ländern aussieht. Das wird für notwendig gehalten, weil sich der Artikelschreiber sagt, die Wirkung eines Getreideeinfuhrzolles auf die Volkswirtschaft hängt wesentlich davon ab, in welchem Umfange die Verteuerung des gesamten Getreidekonsums durch eine Steigerung der inländischen Produktion ausgeglichen werden kann. „Wenn diese“, so heißt es wörtlich weiter, „auch im großen und ganzen ein technisches, in jedem Lande verschiedenes Problem ist, so läßt sich doch im allgemeinen konstatieren, ob das Manko an Inlandgetreide groß genug ist, um die benötigte Verteuerung des gesamten Konsums vom allgemeinerwirtschaftlichen Standpunkt aus lohnend zu schließen zu lassen.“

Die Belastung beträgt in Prozent des Einkommens in

bei einem Einkommen v. 2000	Deutschland	Amerika	England	Frankreich	Oesterreich	Schweden
800	—	—	—	—	—	—
1000	2,0	—	—	—	0,9	—
1500	3,6	—	—	—	0,9	—
2000	4,5	—	—	—	0,9	0,4
3000	5,3	—	—	—	2,1	1,7
5000	6,0	—	—	2,4	3,4	2,6
8000	6,4	—	1,1	5,2	4,4	6,4

Diese Tabelle ist der beste Beweis dafür, wie unsozial die deutsche Lohnsteuer im Verhältnis zu den Lohn- und Einkommensteuern der anderen Länder ist.

Oesterreich ist das einzige Land, in dem schon bei 1000 Mk. Einkommen die Lohnsteuerpflicht beginnt. Aber während in Deutschland ein solches Einkommen mit 2 Proz. belastet wird, ist darauf in Oesterreich noch nicht die Hälfte, nämlich 0,9 Proz. zu zahlen. Amerika ist in der glücklichen Lage, seine Lohn- und Gehaltsempfänger mit einem Einkommen bis zu 8000 Mk. von jeder Einkommensteuer freizulassen. In England genießen die Lohn- und Gehaltsempfänger bis zu 5000 Mk. Einkommen dasselbe Vorrecht. In Frankreich sind bis zu 3000 Mk. steuerfrei, während ein Familienvater mit dem gleichen Einkommen 5,3 Proz. zu zahlen hat. Auch die schwedische Einkommensteuer wirkt sozialer als die deutsche Lohnsteuer. Sie läßt eine viertöpfige Familie bis zu einem Einkommen bis zu 1500 Mk. gänzlich steuerfrei, belastet sie bis zu 2000 Mk. nur mit 0,4 Proz., bis zu 3000 Mk. nur mit 1,7 Proz. Entsprechend der größeren Leistungsfähigkeit steigt dann aber der Steuerfuß schnell, so daß bei einem Einkommen von 8000 Mk. dieselbe Belastung von 6,4 Proz. erreicht ist wie bei der deutschen Lohnsteuer.

Deshalb muß sehr auch die Lohnsteuer in Deutschland erheblich ermäßigt werden. Die Finanzlage des Deutschen Reiches gestattet eine Ermäßigung, soziale und wirtschaftliche Erwägungen machen sie zwingend notwendig. Die Sozialdemokratie dient deshalb mit ihrer Forderung auf Freilassung aller Einkommen unter 100 Mk. monatlich von der Lohnsteuer nicht nur dem unmittelbaren Interesse der Lohnempfänger, sondern auch dem Gesamtinteresse der deutschen Wirtschaft.

Im Steuerausfluß des Reichstags ist nun kürzlich der Antrag angenommen worden, der für den Arbeitnehmer einen Betrag von 80 Reichsmark monatlich oder 18,60 Mk. wöchentlich vom Steuerabzug frei läßt. Diese „Erleichterung“ ist so geringfügig, daß davon wirklich nicht viel Aufhebens gemacht werden kann.

Die Zeit der Ferien.

Im Juni beginnt für die Wohlhabenden die Zeit, in welcher die Frage erwogen wird, wohin man sich zur Bade- und Erholungszeit begeben soll. Die Wald-, Gebirgs-, Luft- und Seebäderverwaltungen füllen schon seit Wochen und Monaten die Zeitungen mit Inseraten über die landschaftlichen und gesundheitlichen Reize ihrer Kurorte. Diese Inserate enthalten auch des öfteren Angaben über die Preisenspreise. Unter 6 bis 8 Mk. täglich scheint es nicht viele Orte zu geben. Was billiger ist, wird wohl auch danach sein. Rechnet man noch Fahrgeht und sonstige Unkosten, so kommt man schon zu ganz ansehnlichen Beträgen für eine längere Erholungsreise.

Ein solcher Aufenthalt in Bade- und Kurorten ist im allgemeinen den Arbeitern von vornherein verschlossen und nach wie vor Privilegium der bestehenden Klassen.

Nun hat sich aber doch seit einigen Jahren ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft durch die Kraft der Organisation ein gewisses Anrecht auf Ferien, auf bezahlte Freizeiten, erworben. Trotz aller Versuche von Unternehmerseite, diese Freizeiten wieder abzuschaffen, ist es ihnen nur dort gelungen, sie zu beschränken, wo die Arbeiter schwach und vertrauenslos gewesen sind.

Die Ferienzeit ist für die einzelnen Arbeiter sehr verschieden bemessen und richtet sich in der Regel nach der Dauer ihrer Stellung, in welcher sie sich zurzeit befinden. Diese Ferienzeiten werden fast ausschließlich durch Tarifverträge oder Vereinbarungen auf lokaler Basis zwischen den Organisationen geregelt. Wer natürlich nicht organisiert ist und in Betrieben arbeitet, die keinem Tarifvertrag unterstehen, wird wohl nur in sehr seltenen Fällen sich der Wohlthat erfreuen, einige Tage bezahlter Freizeit vom Unternehmer zu erhalten.

Auch Ferien für die Arbeiterschaft“ muß unsere Forderung lauten, und zwar Ferien in ausreichendem Maße. Wer das ganze Jahr für einen Betrieb rechtchaffen arbeitet, für den müssen auch Ferien abfallen. Allerdings, früher hat man gerade der Arbeiterschaft, die am dringendsten der Erholung bedürftig hätte, die Ferien strikte verweigert. Man brachte es aber dafür fertig, sie einfach aussetzen zu lassen. Da konnten sie dann am Hungertuche nagen, denn Ersparnisse

konnten sie bei den elenden Löhnen vorher doch nicht haben. Die Herren Unternehmer und Aktienbesitzer aber verzehrten mit ihren Angehörigen den Ertrag der Arbeit dieser Kerntzen in vornehmen Badeorten.

Auch heute ist es ja im allgemeinen noch ebenso, nur daß man eben auch der Arbeiterschaft gezwungenermaßen einige Zugeständnisse bezüglich der Ferienzeiten bei Fortzahlung des Lohnes gemacht hat.

Dieser Fortschritt, so gering er auch manchem erscheinen mag, bedeutet doch, daß mit dem Prinzip, der Arbeiter bedarf keiner Ferien, endgültig gebrochen wurde. Das ist der Erfolg einer von den vielen, die wir in langjähriger Organisations- und Gewerkschaftsarbeit den Unternehmern abgerungen haben.

Manche unserer jüngeren Verbandsmitglieder nehmen freilich diese bezahlten Ferien als etwas hin, was sich annehmen und selbst versteht. Sie murren höchstens, daß es zu wenig Ferientage gibt. Genau so, wie sie die heutigen Lohn- und Arbeitsbedingungen vielfach gedankenlos hinnehmen. Sie denken kaum daran, wie alles in jahrzehntelangen Kämpfen und Kämpfen erstritten werden mußte. Ihnen kommt auch meistens nicht zum rechten Bewußtsein, daß Löhne, Arbeitszeit, Ferien usw. alles nur erträglich gesteckt und erhalten werden kann, wenn unsere Organisationen stark und mächtig genug dazu sind, es nötigenfalls zu erzwingen.

Es soll nun freilich auch unter den Arbeitern hier und da noch welche geben, die nicht genug sind, ihren

Erwacht! Beteiligt Euch!

Ihr alten, treuen Verbandsmitglieder, warum steht Ihr immer noch so jährlich abseits? — Warum überläßt Ihr die Initiative Personen, die weniger Erfahrung, dafür aber desto mehr Selbstbewußtsein besitzen?

Erkennt wieder in den Versammlungen und ereignet Partei! Wendet Euch gegen die Wiesmacher, die nur immer gegen die Verbandsleitung Stimmung machen; die selbst aber auch nichts zustande bringen, was besser wäre.

Der Verband ist der feste Wolk, auf dem unsere Existenz gefestigt steht; ihn gilt es sturmfest auszubauen! —

Alles, was den Verband schädigt oder die Geschlossenheit des Verbandes gefährdet, muß bekämpft werden. Werft die Betargie, die Gleichgültigkeit ab!

Beteiligt Euch wieder aktiv im Verbandsleben! Erhebt Euch auf dem Kampfplatze!

Körper und Geist um seine Ferien zu betrügen. Ja, es soll vorkommen, daß Arbeiter ihre Ferientage dem Unternehmer noch besonders verkaufen! — Wo das der Fall sein sollte, muß den Betreffenden der Kopf gehörig gestrichelt und zurechtgelegt werden. Wir haben alle Ursache, darüber zu wachen, daß die Ferienfrage nicht durch einzelne Egoisten und Schwachköpfe distreditiert und untergraben wird.

Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin hat die Ferien nötig, damit Geist und Körper sich ein wenig erholen können. Wer jung ist und über einen kräftigen, widerstandsfähigen Körper verfügt, wird die Ferien allerdings leichter entbehren können als der andere, dessen Körper kränzlich und von schwacher Konstitution ist.

Wenn wir nun noch das moderne Wohnungs- elend bedenken, unter dem besonders die Arbeiter der Großstädte und Industriezentren bitter zu leiden haben, dann drängt sich uns immer mehr die Forderung auf, daß in bezug auf die Ferienfrage für das Gros der Arbeiterschaft viel mehr getan werden muß. Gerade diejenigen, die der Ferien am dringendsten bedürfen, müssen sie noch immer entbehren. Es wäre wirklich an der Zeit, daß endlich Befehle ergäßen werden, die das Recht des Arbeiters an dem Ertrag seiner Arbeit in sozialem Geiste sicherstellen und ihn alles das garnieren, was der Privatkapitalist ihm heute noch in schnöder Selbstsucht vorenthält.

Nichts ist imstande, die Freude und Lust an der Arbeit so stark zu beleben als die Umstellung unseres heutigen Produktionsystems.

Trotz dafür ein, daß bald weitere Schritte nach vorwärts, diesem Ziel entgegen, erfolgen.

Die Vermittlung der Arbeitskraft.

In der letzten Nummer unserer Zeitung brachten wir eine kurze Notiz, daß wir in unserer Forderung einzelner Inserate mehr aufnehmen. Soweit noch alle Aufträge vorliegen, werden diese ausgeführt.

Solange wir in unserem Verbands ein Fachorgan haben, wurden auch Inserate aufgenommen. Zeitweise war die Nachfrage nach Arbeitskräften in unserer Zeitung recht stark. Vornehmlich wurden Spezialkräfte verlangt. Der Arbeitsmarkt in unserem Maße war aber stets eine Quelle von Verdruß und Unannehmlichkeiten. Wiederholt stand der Vorstand in den 35 Jahren des Bestehens unserer Zeitung vor der Frage, das Inseratengeschäft aufzugeben. Wenn

wir bisher uns immer wieder entschlossen, Inserat anzunehmen, so geschah dies nicht aus Gründen des „Geschäfts“, denn zu verdienen war hierbei doch nichts. Im Vordergrund stand immer der Gedanke, dem organisierten Mitglied die Möglichkeit zu bieten, auch einmal in einer anderen Stadt eine Stelle anzunehmen. Hingzu kam noch, daß es sich in der Regel um Tariffirmen handelte. Um den arbeitssuchenden Kollegen vor Schaden zu bewahren und andererseits eine Ueberfüllung von Arbeitskräften an einzelnen Plätzen zu vermeiden, brachte unsere Zeitung ständig den Hinweis, daß die Kollegen ermahnt werden, vor Arbeitsannahme in anderen Städten bei den Ortsverwaltungen anzufragen. Leider mußten in den allerletzten Fällen diese Anregung befolgt. Es kam auch vor, daß anfragenden Kollegen der Bescheid wurde, daß die verlangten Arbeitskräfte jederzeit auf dem zuständigen Arbeitsnachweis zu bekommen wären und der Kollege ersucht wurde, den Weg zu meiden. Der letztere Fall kam weniger vor, sehr selten überhaupt Rückfrage gehalten wurde. Desto mehr schimpften aber die Ortsfunktionäre über den unermüßigen Redakteur, der bei der Ueberfüllung des Arbeitsmarktes solche Inserate noch aufnehme. Aus diesen Zuständen heraus erwuchsen Anträge für bestimmte Städte, Branchen oder Betriebe Inserate nicht aufzunehmen. Hier und dort wurde auch der Versuch unternommen, solchen Wünschen zu entsprechen, jedoch immer mit sehr wenig Erfolg.

Für den Arbeitgeber bestehen bei der Aufnahme von Inseraten zum Zwecke, Arbeitskräfte zu erhalten, nur die Geschäftsprinzipien, die allgemein gültig sind. Die besonderen Ansichten der Arbeiterblätter erlauben er nicht an. Um allen diesen Dingen zu entsprechen, wird der Weg des Tarifinrates gewählt oder man übergibt einem Inseratenbureau die Placierung des Inserates. Nicht ungewöhnlich ist auch der Fall, daß über einen auswärtigen Geschäftsfreund.

Die Klagen unserer Ortsverwaltungen mehrten sich in der Zeit der Krise, in der letzten Zeit kommen es weniger darauf an. Auch jetzt, wo in weiten Kreisen unserer Mitgliedschaft eine recht empfindliche Arbeitslosigkeit besteht, lagen Anträge vor, einzelne Städte von der Inseratenaufnahme auszuschließen. Da dieses wieder nur neuen Verger gibt, hat sich der Vorstand entschlossen, von jetzt ab keine Inserate mehr aufzunehmen.

Bei diesem Beschluß war auch der Gedanke, tend, den zuständigen Arbeitsnachweis wieder in die Erinnerung zu bringen. Es darf leider nicht verschwiegen werden, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer in vielen Fällen den Arbeitsnachweis meiden gehen.

Es ist anscheinend vergessen, daß schon vor mehr als dreißig Jahren der Arbeitsnachweis eine wichtige Frage in den Gewerkschaften war. Die Entwicklung dieser Materie hier zu schildern, würde zu weit führen und beschränken wir uns darauf zu weisen, daß wir es uns zum Prinzip gesetzt haben, wenigstens in unseren Tarifverträgen die Arbeitgeber zu verpflichten, die zuständigen Arbeitsnachweise zu benutzen. Wie schwer es hält, auf diesem Wege weiter zu kommen, hat der verlorene Berliner Tapeziererstreik gezeigt, wo die Arbeitsnachweise eine der umstrittensten war. Jedenfalls erleichtert unsere Kollegen vielfach den Arbeitgeber ihre neigende Haltung den Arbeitsnachweisen gegenüber. Wenn auch zugegeben werden soll, daß die Vermittlung von Arbeitskräften Schattenfelsen für Arbeitgeber und zum Teil auch für den Arbeiter selbst hat, so ist die Benutzung der öffentlichen und vereinbarten paritätischen Stellen von beiden Seiten vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zu fordern.

Auf der anderen Seite wird die Verpflichtung der vorherigen Anfrage bei den Ortsverwaltungen jetzt nach dem Wegfall der Inserate in unserer Zeitung noch dringender. Die Ortsverwaltungen sind aber auch ihrerseits die dringende Verpflichtung, solche Anfragen zu antworten, und zwar in der legalsien Form. Sofern an den Plätzen nicht genügend Spezialarbeiter zu haben sind, soll man nicht unübermerse die Lere zusperrten. Die Verbringshaltung wirft jährlich über den Bedarf aus Hunderte von jungen Geblissen auf den Arbeitsmarkt, die bildungshungrig sind und unterrichten wollen. Sollen also die bekannten unterrichtungs Kanäle vermieden werden, so müssen solche Anfragen auf alle Fälle beantwortet werden.

Dringen wir im Interesse unserer Mitgliedschaft auf Einhaltung der vertraglichen Bestimmungen in den Tarifverträgen in dieser Materie und bitten wir den Anspruch genommen wird, durch Eingetung der entsprechenden Erundigungen, so wird der Ausfall der Inserate aus unserem Jahrbuch keinen Schaden bedeuten, im Gegenteil eher einen Nutzen. Die Folge haben durch die Ausnutzung des nunmehr freigewordenen Raumes für andere noch nicht festzuzwecke.

UNSERE JUGEND

Noch glüht in uns das Leben.

Noch glüht in uns das Leben, noch braust in uns die Kraft,
 Noch blutet durch die Adern uns wilde Leidenschafft,
 Noch fiebert in uns Feuer so heiß wie glüh'nder Wein,
 Und eine wilde Sehnsucht durchlodert unser Sein!

Lauchend ins Licht der Sonne, trotzig im Sturmeswehn,
 Hell sprühen unsre Augen, die Fernen zu erschähn . . .
 Freude, Kampflust durchbebt uns mit jedem Herzensschlag —
 So grüßen wir voll Sehnsucht und Stolz den jungen Tag!

Es jauchzt in uns ein Wollen in kühnem Tatendrang —
 Noch packt uns Sieggewißheit in kühnem Hebereschwang!
 Ein jeder jung und kräftig, gewachsen wie ein Baum,
 Greifen wir fest die Sterne, berauft von goldnem Traum.

Wir geben unser Jungsein der Welt in kühner Tat,
 Auch unsre Kräfte treiben mit Wucht das Zeitewrad!
 Und wenn ein Kampfgenosse verblutend sterben muß —
 Auf seinem Grab erhebt sich des Lebens Genius!

Unsterblich ist das Leben, es siegt ob Tod und Zeit,
 Der vielen Kräfte schaffen vereint die Ewigkeit,
 Der einzelne verzehrt sich in Sehnsucht und in Qual,
 Doch immer wieder lockt uns das ferne Ideal . . .

So laßt uns jubelnd kämpfen, daß Recht und Freiheit siegt —
 Ganz unsre Kraft verschwenden, eh' sie der Nacht erliegt!
 Bald sind der Väter Kräfte in stetem Kampf erschlaft —
 In uns glüht noch das Leben, in uns braust noch die Kraft.

Arbeitszeit und Jugend.

Mit dieser Frage beschäftigte sich kürzlich der Ausschuß deutscher Jugendverbände. Nach einem Referat seines Vorsitzenden wurde einstimmig beschlossen, von den geschickenden Körperschaften die unverzügliche Verabschiedung eines Arbeitszeitgesetzes zu fordern. Der Ausschuß stellte im einzelnen folgende Forderungen hinsichtlich der Bestimmungen über die Arbeitszeit der Jugendlichen auf:

1. Die wöchentliche Höchstarbeitszeit für Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Angestellte bis zum vollendeten 18. Lebensjahre darf 48 Stunden nicht überschreiten.
2. In die 48stündige Arbeitswoche sind einzurechnen die Zeit für den Besuch der Pflichtfortbildungsschule und für Aufräumungsarbeiten.
3. Die Arbeitszeit ist nach Möglichkeit so zu legen, daß der Sonnabendnachmittag für alle jugendlichen Arbeiter arbeitsfrei ist.
4. Die Nacharbeit ist für die Jugend bis zum vollendeten 18. Lebensjahre zu verbieten.
5. Das Schulpflicht der Jugend ist in allen Fällen auf 18 Jahre festzusetzen.

Der Ausschuß beschloß ferner, Anfang Oktober eine öffentliche Tagung in Kassel abzuhalten, in der vor den Vertretern der Behörden, der Parlamente und den an der Jugend besonders interessierten Kreisen der Öffentlichkeit die obigen Forderungen der Jugend hinsichtlich der Ferien und der Arbeitszeit vertreten und begründet werden sollen, um so

weitere Kreise für den Kampf um die schnelle Verwirklichung dieser Forderungen zu gewinnen. Wir begrüßen diesen Beschluß und hoffen, daß sich alle Kreise dafür einsetzen werden. Auf die grundsätzliche Seite der Frage der Arbeitszeit kommen wir in der nächsten Nummer eingehend zurück.

Wenn die Arbeiter immerdar bei ungefähr demselben Einkommen festgehalten werden, muß natürlich der steigende Nationalreichtum das der anderen, der besitzenden Klassen, allein erhöhen. Hieraus geht einleuchtenderweise hervor, daß der materielle Abstand zwischen unseren gesellschaftlichen Klassen immer größer werden muß. Nun ist aber nicht die Zunahme des Nationalreichtums überhaupt, die bessere Arbeitsbedingung und selbst der sogenannte Luxus im Leben der Nation gefährlich, sondern lediglich Ungleichmäßigkeit der Verteilung. Diese stört den inneren Frieden der Nation und den harmonischen Gang ihrer Entwicklung in allen Beziehungen, und muß namentlich dann zu den trassesten sozialen Widersprüchen führen, wenn, wie heute, die arbeitenden Klassen mit den übrigen entweder schon in voller bürgerlicher und politischer Rechtslosigkeit stehen oder diese doch mit vollem Rechte anprechen.
 Robertus.

Die Jugend ist die Zeit der Unruhe, das Alter die der Ruhe. Das Kind streckt seine Hände begehrtig ins Weite aus, nach allem, was es da so bunt und vielseitig vor sich sieht. Und auch der Jüngling wird gereizt von den vielfältigen Gestalten der bunten Welt. Sofort macht seine Phantasie mehr daraus als die Welt verleihen kann. Im Alter hingegen hat sich alles gelegt, teils weil das Blut kälter und die Reizbarkeit des Sensoriums milder geworden, teils weil Erfahrung über den Wert der Dinge und den Gehalt der Genüsse uns aufgeklärt hat; endlich, weil man nun auch tausend Schindären allmählich losgeworden ist, welche uns früher die freie Ansicht der Dinge verdeckten und verstellten; so daß man alles klarer und richtiger erkennt und es nimmt für das, was es ist. Schopenhauer.

Der Bauernkrieg.

IV.

Verlauf und Ende.

Am Winter von 1524/25 suchten die Herren die Bauern durch Versprechungen hinzuhalten. Man verdrängte das Landvolk auf Verhandlungen, die mit dem Schwäbischen Bund zwecks rechtlichen Austrags der Streitigkeiten geführt werden sollten. Die Bauern ließen sich in ihrer Leichtgläubigkeit und Gutmütigkeit fast immer täuschen und verzichteten in solchen Fällen auf weiteres Vorgehen. Nicht so die Herren! Nach wie vor wurde die Leistung des Fronendienstes, die Abgabe der Steuern verlangt. Das hatte natürlich zur Folge, daß die Bauern immer und immer wieder aufständisch wurden.

Während dieser Zeit war der Schwäbische Bund unablässig bemüht, die Rüstungen zu beschleunigen. Der Bund hatte erst erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Die Landsknechte weigerten sich zum Teil anfangs, gegen die Bauern zu marschieren, weil ihre Sache gerecht sei. Es gelang dem Oberbefehlshaber des Bundesheeres, dem Truchseß von Waldburg, die meuternden Landsknechte umzustimmen und auch die sonstigen Schwierigkeiten zu beseitigen. Die Führung der Bauern entbehrte der Einheitsart und Unerfahrenheit. Das kam den Herren zustatten. Es war ein ewiges Schwanken in der Führung der Bauern. Bald waren die entschloffenen, bald die zur Verhandlung bereiten, bald die völlig nutzlosen, die überhaupt nichts von einem Kampfe wissen wollten, vorkam. Nur infolge der Hinterlist, der Unnachgiebigkeit und des Starrsinns der Gewalttäter kam es dazu, daß Ende März den Bauern der Geduldsboden platze und die entschloffenen Elemente die Oberhand betamen.

Nun ging es mit Riesenschritten vorwärts. Burg auf Burg, auch manche Stadt fiel durch den Ansturm der aufständischen Bauern. Viele Herren bewilligten die Forderungen der Bauern. In den Reichen der Aufständischen kämpften viele niedere Landgeistliche, welche die ebenfalls unter der Not der Zeit zu leiden hatten. Ferner standen in den Reihen des Bauernheeres viele Ritter vom niederen Landadel als Anführer. So der berühmte Ritter Florian Geyer, der mit seiner schwarzen Schar in Franken kämpfte. Das war der größte Held des Bauernkrieges. Weiter sind zu nennen als Führer Münzer und Pfeiffer in Thüringen, Wendel Hipler am unteren Neckar, Jakob Wehe an der oberen Donau. Ferner eine ganze Anzahl anderer weniger bekannte Namen.

In den ersten Tagen des April hatte sich der Herren eine große Angst vor den aufständischen Bauern bemächtigt. Jedoch war um die Mitte des April herum schon zu bemerken, auf welche Seite sich letzten Endes der Sieg neigen würde. Dr. Luther und Melancthon, die noch kurz vorher die Sache der Bauern für gerecht erklärt hatten, wandten sich in der zweiten Hälfte des April gegen die Aufständischen. In seiner leidenschaftlichen, grobklöpfigen Art heulte Luther die Fürsten gegen die Bauern auf. Dies war wahrhaftig nicht nötig. Mit unerhörter Grausamkeit wurden die Gesangenen von den Herren niedergemetzelt. Trotzdem forderte Luther die Fürsten und den Adel auf: „Die Bauern zu würgen und niederzulesen, wer da kann“. „Gleich als ob man einen tollen Hund tetschlügt!“ Dabei haben sich die Bauern, von einzelnen Fällen abgesehen, die bei solchen Kämpfen unvermeidlich sind, einer großen Milde in der Behandlung der in ihre Hände gefallenen Bedrückter befleißigt. Sie haben nicht gleiches mit gleichem vergolten. Der bekannte Fall zu Weinsberg ist gegen die Bauern ausgefallen und, wie ja auch heute noch in ähnlichen Fällen üblich, verallgemeinert worden. Dort ist nämlich im April der verhaftete Graf von Helfenstein und einige andere Ritter von den empörten Bauern durch die Spieße gejagt worden. Dieser Junker hatte sich durch besondere Brutalitäten und Grausamkeiten ausgezeichnet. Gyr manches arme Bäuerlein, das in seine Hände geraten war, hatte der Graf und seine Spießgesellen erwürgt. Vor Weinsberg hatte während der Belagerung ein Kampfgenosse des Grafen auf die Unterhändler der Bauern schießen lassen. Das schlug dem Faß den Boden aus. Weinsberg wurde erklammert und fiel in die Hände der Bauern. Die empörten Bauern hielten dann Gericht über die vorher so übermächtigen Herren.

Durch Anwendung von List gelang es zunächst dem Truchseß von Waldburg, die Bewegung in Oberschwaben niederzuschlagen. Bei Weingarten war dieser Bauernschlachter im April in einer üblen Lage. Er war hier von den Bauern umzingelt. Es gelang ihm, die Aufständischen zu überlisten und mit ihnen einen Vertrag abzuschließen. Hätten sich hier die Bauern nicht überlistet lassen, dann hätte der Krieg eine ganz andere Wendung genommen. Der Bund wäre nicht in der Lage gewesen, nach Vernichtung seines Heeres ein anderes auf die Beine zu bringen. Es wäre um die Vorherrschaft des Adels gegangen, die Sacke der Bauern zum Siege geführt worden. Die Gutmütigkeit, Vertrauensseligkeit und Kurzsichtigkeit der Bauern wurde ihnen zum Verhängnis. Die

einzelnen Häufen liefen bei Weingarten, wie in anderen ähnlichen Fällen, auseinander, ohne den Gegner, der die Bauern nur überlisten wollte, um sie später mit Gewalt niederzuwerfen, zu schlagen.

Diese Stratumpolitik, die die Bauernhäufen der einzelnen Landestteile trieben, ist eine der Ursachen, die zur Niederlage der Bauern führten. Statt einander zu helfen und gemeinsam zu operieren, zogen die einzelnen Häufen planlos umher, ohne sich um ihre Brüder an den anderen Stellen zu kümmern. Die Bauern begriffen in ihrer Wut nicht, daß es nicht genügt, wenn die Herren an einer Stelle niedergeworfen oder gar zu Verhandlungen bereit waren. Für die Herren galt Treu und Glauben im Verfehr mit den Bauern nichts. Man dachte gar nicht daran, eingegangene Verpflichtungen einzuhalten. So gelang es den Herren, die Bewegung, die ihre Herrschaft bedrohte, niederzuwerfen. Der Truchseß von Waldburg in Süddeutschland als Heerführer des Bundes, Landgraf Philipp von Hessen und andere Landesherren blieben Sieger im Kampf. So mußten die Hoffnungen des armen Mannes, sich ein freies und menschliches Dasein zu schaffen, für die nächste Zeit begraben werden.

Die Sieger nahmen suchtbare Rache. Viele Tausende von Bauern wurden hingerichtet. Thomas Münzer, Jakob Wehe und viele andere Führer wurden unter unmenschlichen Qualen hingerichtet. Florian Geyer erlitt die Tod auf dem Schloßfeld vor dem schimpflichen Ende durch Hentershand. Die Feder sträubt sich, die Grausamkeiten zu schildern, mit denen sich die übermächtigen Sieger für die ausgestandene Angst zu entschädigen suchten. Mit Ketten an Bäume gebunden, ringsum Feuer gemacht und lebendig geschmort, gehakt, gewiebert, gefesselt nach allen Regeln der Kunst, das waren die Methoden, mit denen die Herren Vergeltung übten. Kirchhofsurbe herrschte nunmehr unter dem Landvolk. Härter als vorher waren die Bedrückungen, denen die Bauern in der nächsten Zeit ausgesetzt waren.

Jedoch für alle Zeit haben die Herren das Rad der Entwicklung doch nicht aufhalten können. Dort, wo der Kampf am heftigsten tobte, wo die Bauern die weißen Burgen und Festen niederlegten, in Süddeutschland, ist ja noch heute der Großgrundbesitz wenig vertreten. Es ist eben damals nicht gelungen, die Burgen in derselben Zahl wieder aufzubauen. Aber doch wurde der Bauer späterhin allen Gewalten zum Trotz doch noch ein freier Mann. Diese Entwicklung in großen Zügen zu kennzeichnen, soll die Aufgabe des letzten Artikels sein.

Vierzig Jahre gewerkschaftliche Organisation der Bäcker und Konditoren.

(Denag.) Am 5. Juni 1885 wurde in Berlin der Verband der Bäcker Deutschlands auf freigewerkschaftlicher Grundlage errichtet. Lange Jahre vorher kamen in einigen Lokalbereinen der damals zahlreich bestehenden Brüderschaften gewerkschaftliche Ideen zur Geltung, die sich jedoch zu einem organischen Vorgehen infolge der ungleich vorherrschenden Machtverhältnisse zwischen Meister und Gehilfenschaft nicht ausreifen konnten. In dieser Zeit herrschten Zustände in den Bäckereien, die jeder Beschreibung spotteten: Dauernde Nacht- und Sonntagsarbeit bei mörderisch langer Arbeitszeit und einer unmwürdigen Behandlung richteten unter den Berufsbefähigten eine schreckliche Vermühtung an Geist und Gesundheit an. Als erstmalig die Organisation in einer statistischen Erhebung, die von Bebel in seinem Buche „Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien“ verarbeitet wurde, den Schleier über die Backstubegehelnisse hinwegführte, wurden die Brotkonjunktur von einem Grauen erfüllt über die unsantären Zustände bei der Herstellung ihres wichtigsten Nahrungsmittels. Es wurde festgestellt, daß sich die Mehrzahl der Betriebsräume in geradezu trostlosem, allen sanitären Geboten hochsprachendem, unreinlichen Zustand befanden, die Arbeitszeit ausschließlich in die Nachstunden fiel und in den allermeisten Fällen 16 bis 18 Stunden täglich betrug und die sozialen und gesundheitlichen Zustände der Beschäftigten in den Betrieben entsetzlich waren. Die Arbeit an den Sonntagen war in allen von der Erhebung erfaßten Betrieben heimlich, nur in 28 Proz. der Betriebe wurde Sonntags nicht gearbeitet. Die Wohnungs- und Verpflegungsverhältnisse (damals waren Bäckergehilfen außer Kost und Logis im Hause des Meisters noch unbekannt) spotteten jeder Beschreibung. Die schmuckigsten Böcher wurden den Gehilfen als Schlafzimmer zugewiesen. Die ansteckenden Krankheiten wütheten furchbar unter diesen dahingehenden Arbeitern. So schilderte Bebel die soziale und wirtschaftliche Lage der Bäckergehilfen.

Die Regierung wurde daraufhin gezwungen, eine Verordnung zu erlassen, nach der die tägliche Arbeitszeit 12 Stunden nicht übersteigen durfte. Dieser Erfolg war der jüngsten Organisation nach 10 Jahren ihres Bestehens beschieden. Er erstreckte sich auch auf die Konditoren. Nun war die Bahn für den gewerkschaftlichen Aufstieg frei. Die seit Gründung immer wieder bei der Regierung erhobene Forderung: gesetzliches Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit, der jedoch durch den größeren Einfluß der Unternehmer nicht stattgegeben wurde, konnte sogar durch die Macht der Organisation in den Großbetrieben verwirklicht werden. Die Organisation erlangte sich das Mitbestimmungsrecht im gewerblichen Arbeitsvertrag und regelte die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich. Als dann 1907 die Sonderorganisation der Konditoren sich angeschlossen und die Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie in den Agitationsbereich einverleibt wurde, verfügte der Verband über 17 303 Mitglieder. Im raschen Tempo ging es aufwärts und mit Jahreschluß 1912 wurden 30 061 Mitglieder gezählt.

Die Organisation ist längst aus ihrem engen Berufsrahmen herausgetreten. Sie vereint heute die Arbeiterschaft in der Mehl und Zucker verarbeitenden Industrie und führt nunmehr den Namen: Deutscher Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband. Ihre Erfolge auf wirtschaftlichem und sozialen Gebiete sind groß. Für die Bäcker und Konditoren ist seit zehn Jahren gesetzlich die Nacht- und Sonntagsarbeit verboten; in Tarifverträgen sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die gesamte Schokoladen-, Zuckerwaren- und Teigwarenindustrie allgemeinverbindlich geregelt und der Achtstundentag gefestigt; in den Bäckereien und Konditoreien arbeiten 75 Proz. aller Beschäftigten zu Tarifbedingungen. Der Kost- und Logiszwang im Hause des Unternehmers ist beseitigt und das Mitbestimmungsrecht der Berufsangehörigen durch ihre wirtschaftliche Interessenvertretung — der gewerkschaftlichen Organisation — gesichert.

Zweifellos sind das bedeutende Erfolge innerhalb 40 Jahren, wenn in Betracht gezogen wird, daß das Unternehmertum bei Gründung der Organisation über die wirtschaftliche Macht ausschließlich verfügte. Es gab sich fürwahr die erdenklichste Mühe, die Gewerkschaft in den Kinderjahren zu ersticken. Die Arbeitsvermittlung wurde von willfährigen Kreaturen der Innungen auf den Bäckerherbergen gehandhabt. Jedes Verbandsmitglied wurde unbarmherzig auf die schwarze Liste gesetzt und durfte keine Hoffnung auf Arbeitszuweisung haben. Die junge Garde leistete in diesen Jahren schier unüberwindliche Pionierdienste für ihre Gewerkschaft, sie bildete die Pfeiler der Organisation und trug den Gedanken der Solidarität in die entlegensten Orte.

Das Wirken der Organisation geht weit über den engen Berufskreis hinaus. Sie immer wieder erhobenen Forderungen auf Beseitigung der Betriebsmängel lagen im Interesse der Allgemeinheit der Brotkonjunktur. Und in diesem Bestreben wurde

sie tatkräftig von der organisierten Arbeiterschaft bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen unterstützt. Allen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Heute ist der Deutsche Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband ein starkes Glied in der Reihe der allgemeinen Arbeiterbewegung. Er weiß, daß je mehr die wirtschaftliche Nachstellung des Kapitalismus bedrängt wird, um so schärfer sich die Kämpfe zwischen der Arbeiterschaft und dem Unternehmertum entwickeln werden und ist sich eingedenk, daß nur in der Einigkeit aller Berufsangehörigen die Stärke liegt.

Das Verbandsorgan, die „Einigkeit“, erscheint aus diesem Anlaß im Festschrift. Im Zweifelsdunkel bringt die Festschrift eine gelungene Strichzeichnung vom Genossen Krimisch, Berlin, darstellend den feierlich überwundenen Kampf gegen die Nachtarbeit in den Bäckereien und Konditoren. Artikel aus der Feder führender Verbandskollegen, von den Genossen Leipart, Schifferstein-Jülich, Hohmann-Chicago, Hillebrecht-Amsterdam, nebst graphischen Darstellungen über den Mitglieder- und Tarifstand und einer Ehrentafel der Verbandsjubilare, die 25 Jahre und länger der Organisation angehören, füllen die achtseltige Festschrift.

Internationale Gewerkschaftsbewegung.

Der Internationale Gewerkschaftsbund wird ab 1. Juli 1925 unter dem Sammelnamen: „Internationale Gewerkschaftsbibliothek“ jedes Vierteljahr ein Heft von 48—96 Seiten Umfang in vorzüglicher Ausstattung herausgeben. Der Inhalt jedes Heftes wird sich mit der Gewerkschaftsbewegung jedes einzelnen Landes, ihrer Entstehung, inneren Einrichtung, Tätigkeit und erzielten Erfolge im Zusammenhänge beschäftigen. Dadurch soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Erfahrungen und Einrichtungen der einzelnen Länder kennen zu lernen. Der Preis der deutschen Ausgabe (die Hefte erscheinen in deutscher, englischer und französischer Sprache) beträgt 1 Mark und für ein 96-seitiges Doppelheft 2 Mark. Die Organisationen erhalten es bei Sammelbestellungen für 70 Pf. bzw. 1,40 Mark.

Unsere Ortsverwaltungen werden ersucht, Bestellungen zu sammeln und an das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Amsterdam, Telfsiedenstraat 31 einzuliefern.

Korrespondenzen.

Brandenburg a. d. S. Unsere Ortsverwaltung Brandenburg feiert am 20. Juni d. J. ihr 35jähriges Bestehen im dortigen Volkshaus. Sofort nach Gründung des Tapezierer- und des Sattlerverbandes, welche beide 1889 aus der Taufe gehoben wurden, schlossen sich in Brandenburg einzelne Mitglieder den beiden Verbänden an. 1889 kam es zur Bildung einer Ortsverwaltung des Tapeziererverbandes, und wenig später taten die Sattler das gleiche. Von den Gründern der Verwaltungsstelle sind heute noch tätig unsere Kollegen G r u h e und B e l l i n, welche die Fahne nicht verlassen. In der Kriegszeit mußten unsere beiden Aiten wieder die Führung übernehmen. Nun haben jüngere Kräfte die Leitung in Händen, aber Vater Grubhe und auch Bellin fehlen bei unseren Veranstaltungen nicht. Mit der Ortsverwaltung Brandenburg ist der Name Reichert in eng verknüpft und mußten im Laufe der dreieinhalb Jahrzehnte manche harten Kämpfe mit dieser Firma ausgefochten werden. Mehr als einmal hat auch die Firma angegriffen, so daß unsere Mitglieder sich jederzeit auf Kampf einstellen mußten. Von den Mitgliedern, welche länger als 25 Jahre dem Verbands angehören, sind außer Grubhe und Bellin noch zu nennen: Nordbeck, Felscher, Schacht, Hüncke und Wallerstejn.

Der Vorstand und die Redaktion bringen der Ortsverwaltung die besten Glückwünsche dar und hoffen, daß auch künftighin unser Brandenburg immer in der vordersten Reihe zu finden ist.

Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme an anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Fahrzeugindustrie. Die Autofaktler sind hier ausgeperrt.

Köln. Waggonsattler Teilschupperrung. Tapezierergewerbe.

Stuttgart. In den Möbelbetrieben wurde die Arbeit niedergelegt.

Bücherschau.

Politische Kaffeehäuser. Im Verlag von J. S. W. Diez Raab, Berlin, Lindenstr. 3, erschien soeben aus der Feder H. Cunows ein interessantes Beitrag zur Geschichte der französischen Revolution. Hier zeigt sich, wie die politische Propaganda in der Praxis arbeitete. Der Preis ist 2,30 M.

Im gleichen Verlage erschien aus der Feder von Dr. Karl Renner „Die Wirtschaft als Gesamtprozess und die Sozialisierung“. Preis 8 M. Wer sich über das so überaus wichtige Gebiet der wirtschaftlichen Zirkulation eingehend und sachlich informieren will (eine dringende Notwendigkeit für jeden, der unsere Zeit und ihre Probleme verstehen will), der muß sich dieses Wert anschaffen und gründlich studieren.

Im Verlag J. S. W. Diez erschien ferner: Paul Joch: „Das törichte Herz“. Preis 3,25 M. Der Verfasser wird als eine Ausnahme unter den modernen Schriftstellern von besonderer Gestaltungskraft geprieselt. Sein Buch enthält vier Erzählungen, aus deren Inhalt und Form uns eine ganz eigenartige Ausdrucksfähigkeit entgegenstrahlt.

Im Verlag von Brockhaus, Leipzig, erschien soeben das erste Heft eines neuen Wertes „Der kleine Brockhaus“, den man mit Recht als Welschbüchel bezeichnen kann. Dieses Handbuch will in einem Bande eine Uebersicht geben über unser heutiges Wissen und Können, was sonst nur in den großen Konversationslexikonen zu finden ist. Das erste Heft enthält auf 80 Seiten nicht weniger als 443 vorzüglich ausgeführte Textbilder. Das Werk hat eine neue leicht verständliche Aufmachung in der Schreibweise erfahren. Die Lieferung kostet 1,90 M. Alle 14 Tage erscheint eine, mit 10 Lieferungen ist es abgeschlossen. Es kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden.

Im Verlag Gewerkschaftsarchiv Jena erschien: Albert Kronold: „Das Problem des Achtstundentages“. Preis 3,60 M., in Halbtönen geb. 4,80 M. Eine gute Materialienammlung über das Problem des heizumtrittenen Arbeitstages. Zugleich eine Vertiefung und Rechtfertigung des Achtstundentages. Jeder Freund des Achtstundentages sollte sich das Werk anschaffen.

Die Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei in Jena brachte soeben Heft 1 einer neuen Schriftsammlung heraus, welche die Berliner Gewerkschaftsschule veranlaßt. Dr. Th. Lehner behandelt das Problem „Soziale Bildung“. Das Heft enthält wertvolle Erläuterungen über das Bildungsproblem und sollte von allen gelesen werden, die sich für die Bildungsfrage interessieren. Der Preis ist 1,20 M.

Adressenveränderungen.

- Duderstadt. Vorf.: August Holzborn, Welfenstraße 581.
- Oberneufirth. Vorf.: Willi Hartmann, Oberpohltau Nr. 21, v. Neulirch i. d. Saupf.
- Hatburg. Kass.: Hermann Eusky, Marienstraße 63.
- Minden i. Westf. Kass.: Karl Brandt, Ritterstraße 13.
- Glogau. Vorf.: Otto Lust, Alte Wallstr. 20. Kass.: Otto Krüger, Lange Str. 9.
- Tullkingen. Vorf.: Max Binder, Neuhäuser Straße 27. Kass.: H. Salzer, Christophstr. 1.
- Seinefelde. Philipp Glahn, Dorfstr. 140.
- Bernburg. Kass.: Albert Notnagel, Leopoldstraße 26, ptr.
- Wismar. Vorf.: Friedrich Steinhausen, Schwarzkopfenhof Nr. 1.

Verammlungskalender.

Köln. Mittwoch, den 24. Juni, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Saal 2, Versammlung aller Brandenburger.

Sterbetafel.

- Ursoda. Am 16. Mai starb hier unser Mitglied Fritz Kralkoff.
- Berlin. Am 3. Juni verstarb Oskar Feickert, Portefeuller, im Alter von 68 Jahren.
- Dresden. Im Alter von 57 Jahren starb unser Mitglied, der Tapezierer Max Kaiser.
- Köln. Beim Baden ertrank der Sattler Georg Kirchbaum 22 Jahre alt.
- Stuttgart. Im Alter von 23 Jahren verstarb am 17. April die Näherin Anna Schaff.
- Jelb. Durch Unglücksfall starb unser Mitglied Maria Müller im Alter von 23 Jahren.

Eureichrem Andenken!